Ein Zustand der „Unwissenheit“ war zentral für das Funktionieren der Angst-Kampagne zu Corona. Darum ist es folgerichtig, dass diese „Unwissenheit“ vonseiten der Verantwortlichen der Corona-Politik bis heute nicht beendet werden soll. Die Datengrundlage für die radikalen Corona-Maßnahmen muss als total unseriös bezeichnet werden. Eine Kommission sollte nun wenigstens die Auswirkungen dieser Maßnahmen „evaluieren“ – von einer Aufarbeitung der im Namen der Virusbekämpfung begangenen gesellschaftlichen Vergehen ist ohnehin (noch) nicht die Rede. Doch selbst dieses zaghafte Vorhaben wird nun von Gesundheitsminister Karl Lauterbach laut Medienberichten ausgebremst. Ein Kommentar von **Tobias Riegel**.

Dieser Beitrag ist auch als Audio-Podcast verfügbar.

https://www.nachdenkseiten.de/upload/podcast/220429_Corona_Die_Angst_der_Verantwortlichen_vor_der_Aufarbeitung_NDS.mp3

Podcast: Play in new window | Download

Laut Medienberichten möchte Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) mutmaßlich verhindern, dass die Kommission zur Evaluierung der Corona-Maßnahmen wie geplant am 30. Juni ihren Bericht vorlegt. Näheres zu diesem aktuellen Vorgang folgt weiter unten.

Die hergestellte „Unwissenheit“

Am Anfang der Corona-Politik hätten mit großem Aufwand erhobene Daten stehen müssen. Diese Daten, die zwingend die Grundlage für radikale Maßnahmen hätten sein müssen, wurden aber von den Verantwortlichen in Wissenschaft, Behörden und Politik nicht erhoben. Kann man zu Beginn der Corona-Phase noch eine Überforderung gelten lassen, so kann der Zustand der angeblichen „Unwissenheit“ heute als vorsätzlich hergestellt bezeichnet werden. Der mutmaßliche Grund für diese Untätigkeit: In einer Sphäre der „Unsicherheit“ und des angeblichen (selbst gezüchteten) „Nichtwissens“ lassen sich trefflich Horrorszenarien in den Raum werfen. Die lassen sich (mangels Daten) zwar nicht belegen – aber: Mangels Daten kann man sie eben auch nicht mit Sicherheit ausschließen. Das eröffnet den Hauptdarstellern der Corona-Panik-Kampagne ein weites Feld, in dem sie relativ „unangreifbar“ mit Behauptungen Angst und apokalyptische Stimmung verbreiten können.

Die selber hergestellte und konservierte „Unwissenheit“ ist zudem ein Feld, in dem man

radikale und gefährliche „Maßnahmen“ einführen kann, um eine Gefahr zu bekämpfen, deren realer Umfang mangels seriöser Daten (noch immer!) nur gemutmaßt werden kann. Es gibt aus der Sicht der Corona-Kampagne und ihrer Protagonisten in Medien, Politik und Wissenschaft also keinen Grund, den für sie komfortablen Zustand des „Nichtwissens“ zu beenden.

Eine ernste Gefahr soll dem Corona-Virus hier nicht abgesprochen werden! Aber wie groß ist diese Gefahr im Vergleich zu anderen Krankheiten, auf die ganz anders reagiert wird?

Die Unbrauchbarkeit der Corona-Daten

Symbolisch für die Unbrauchbarkeit der Corona-Daten steht (neben den unseriösen „Inzidenzen“) die aussagelose Zahl der „an und mit Corona Verstorbenen“. In Politik und Medien werden daraus durch einen Akt der Manipulation die „Corona-Toten“, mit denen eine schlimme Politik begründet wird. Ein weiteres Beispiel wäre die tatsächliche (in der Corona-Kampagne mutmaßlich massiv überdramatisierte) Auslastung der Intensivstationen. Auch damit wurden schlimme Maßnahmen begründet: von eingesperrten Kindern und verweigerter Bildung über zerstörte materielle Existenzen bis hin zu Menschen, die zu einem unwürdigen Tod in Isolation und Einsamkeit verdammt wurden. Die Auswirkungen der Corona-Kampagne kommen noch zu den bereits vorher bestehenden sozialen Ungerechtigkeiten hinzu.

In dem Artikel “Corona: Das angebliche ‚Nichtwissen’ ist politisch gewollt” haben wir beschrieben, dass eine der vielen nicht genutzten Möglichkeiten, mit denen man bereits vor Monaten Licht in das angebliche epidemiologische Dunkel hätte bringen können (und müssen), Panel-Untersuchungen seien. Professor Rainer Schnell von der Universität Duisburg-Essen sagte dazu: „Wir hätten risikoreiche Berufsgruppen identifizieren können, wir hätten etwa sagen können, Pendeln im öffentlichen Nahverkehr hat keine nachteiligen Folgen oder hat nachteilige Folgen, oder sie hätten exakt angeben können, Lehrer im Präsenzunterricht sind siebenmal stärker gefährdet als Kindergärtnerinnen.“ „Dass wir dies nun aber nicht wissen“, sei für Schnell eine „Daten-Erhebungs-Katastrophe.“ Die „Begründung“ des Robert Koch-Instituts für diese „Katastrophe“ lautet: „Der Aufbau eines Panels mit einer ausreichenden Fallzahl für ein kontinuierliches Corona-Monitoring erfordert Zeit und eine entsprechende Infrastruktur, die bisher noch nicht zur Verfügung stand.“

Ein weiteres Beispiel für die Verschleppung von Informationen ist das Verhalten des Paul-Ehrlich-Instituts (PEI), das die Nebenwirkungen der Impfkampagne dokumentieren soll. Der aktuelle Bericht ist veraltet und auf der PEI-Webseite ist zu lesen, dass der nächste

Sicherheitsbericht „in Planung“ sei. „Der exakte Veröffentlichungstermin“ stehe jedoch „derzeit noch nicht fest“.

Evaluierung ist noch keine Aufarbeitung

Eine (kritische und distanzierte) Evaluierung der Corona-Maßnahmen ist wichtig, um Wiederholungen zu verhindern. Diese Evaluierung ist aber noch lange keine Aufarbeitung der Verbrechen im Namen des „Gesundheitsschutzes“. Warum eine solche echte Aufarbeitung der Corona-Phase höchst fraglich ist, haben wir im Artikel „Corona: Für eine echte Aufarbeitung gibt es keine Instanz mehr” beschrieben:

> „Die eine Gruppe profitiert politisch oder finanziell von der Corona-Angst, eine andere Gruppe möchte nicht öffentlich dafür zur Verantwortung gezogen werden, indirekt (etwa medial) an der Installierung des destruktiven Corona-Zeitgeistes mitgewirkt zu haben und wieder andere Gruppen möchten sich nicht als leichtgläubige Opfer einer Panik-Kampagne dargestellt sehen.“

Die Bürger müssen also die eigene Aufarbeitung vollziehen – das Projekt #ichhabemitgemacht kann da ein Anfang sein, wie wir im Artikel „Ja: Ihr habt bei Corona #mitgemacht“ beschrieben haben. Einschränkend soll aber betont werden: Für die Haupttäter der Corona-Politik in Medien und Politik sollte es keine Absolution geben – die Bürger untereinander sind aber „verdammt zur Versöhnung“. Auch wenn sie unterschiedliche Ansichten zu Corona haben, müssen sie wieder verzeihen und zusammenfinden. Der erste Schritt einer gesellschaftlichen Aussöhnung sollte aber von den Verfechtern der destruktiven, teils grob unmenschlichen sowie politisch und sozial katastrophalen Corona-Maßnahmen ausgehen.

Sabotiert Lauterbach die Evaluierung?

Nun zum aktuellen Vorgang: Der Bundestag hatte laut Medien im Infektionsschutzgesetz festgelegt, dass es eine externe Evaluation der Maßnahmen im Rahmen der „epidemischen Lage von nationaler Tragweite“ geben soll. Dafür war ein Sachverständigenausschuss eingesetzt worden, der laut Gesetz bis zum 30. Juni einen Bericht vorlegen soll. Dem Gremium gehören Wissenschaftler verschiedener Fachrichtungen an.

Kürzlich hat aber die „Welt“ berichtet, dass Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) dem Ausschussvorsitzenden – Verfassungsrechtler Stefan Huster – mitgeteilt habe, dass es für die Aufgabe der Maßnahmenevaluation „eine Verlängerung oder sogar eine neue

Ausschreibung geben werde“: „Für uns heißt das zunächst, dass wir jedenfalls bis Ende Juni keine Maßnahmenevaluation vorlegen müssen“, so Huster. Laut „Welt“ war die Deadline für den Sachverständigenausschuss schon einmal vom 31. Dezember um ein halbes Jahr nach hinten geschoben worden – „nun sollen all die Maßnahmen von Schulschließungen über Maskenpflicht bis Ausgangssperre gar nicht mehr bewertet werden?“, fragt die Zeitung. Der „Münchner Merkur“ mutmaßt, „dass Lauterbach die Entscheidung jedoch ohne Rücksprache gefällt“ habe.

Widersprüchliche Aussagen

Laut Medienberichten teilte ein Sprecher Lauterbachs dagegen mit, die Information, dass die Evaluierung nun doch nicht bis zum Sommer fertig sein soll, sei „sachlich falsch“: „Richtig ist, dass Mitglieder der Kommission die Datengrundlage für noch nicht ausreichend halten, um die Wirkung der Corona-Maßnahmen zu bewerten und damit auch diesen Teil des Berichts abzuschließen.“ Das Ministerium nehme diesen „Sachgrund“ ernst. Am gesetzlich vereinbarten Veröffentlichungstermin wolle man festhalten, heißt es weiter. Das widerspricht allerdings laut „Welt“ Husters Darstellung des Gesprächs mit Lauterbach. Auch ein weiteres, namentlich nicht genanntes Mitglied des Sachverständigenrats widersprach dem Ministerium indirekt – er sei „entsetzt“ von der Entwicklung:

> „Es zeugt von einer großen Respektlosigkeit, uns nach vielen Stunden Arbeit nun den Auftrag zur Evaluierung der Corona-Maßnahmen entziehen zu wollen.“

Drosten steigt aus

Laut dem Bericht der „Welt“ hat außerdem der Charité-Virologe Christian Drosten bei einem internen virtuellen Treffen im März dafür plädiert, die Maßnahmen nicht einzeln zu evaluieren. Man habe zu wenig Daten, es sei zu früh für eine solche Arbeit – man könne in „Teufels Küche“ kommen. Inzwischen hat laut Medien eine Charité-Sprecherin bestätigt, dass Drosten dem Ausschuss seinen Rückzug mitgeteilt hat. Er sei zu der Überzeugung gelangt, dass Ausstattung und Zusammensetzung nicht ausreichten, um eine wissenschaftlich hochwertige Evaluierung gewährleisten zu können. Darüber hinaus seien in den vergangenen Wochen wiederholt Inhalte der Beratungen zum Gegenstand einer irreführenden und falschen Berichterstattung geworden, trotz vereinbarter Vertraulichkeit.

Mehrere Mitglieder wollen pünktlich zum 30. Juni unter allen Umständen einen Bericht vorlegen – ob es Karl Lauterbach nun gefällt oder nicht, so die „Welt“. Ich finde die Quelle

nicht mehr, aber ein Online-Kommentar sagte zu dem ganzen Vorgang Folgendes:

> „Komisch: wir haben zu wenig Daten um die Maßnahmen zu bewerten, hatten aber anfangs scheinbar genug, um sie anzuordnen..,.. Was für eine Farce!“

Titelbild: Juergen Nowak / Shutterstock

Mehr zum Thema:

Ja: Ihr habt bei Corona #mitgemacht

Corona: Für eine echte Aufarbeitung gibt es keine Instanz mehr

Der große Sprung zurück

Corona: Verdammt zur Versöhnung

Corona, Pandemie-Vertrag, Sozial-Kredit

Corona: Das angebliche „Nichtwissen“ ist politisch gewollt